

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 13. Oktober 2020

Am 13. Oktober 2020 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, der jährliche Dialog über Rechtsstaatlichkeit, die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15./16. Oktober 2020, die Konferenz zur Zukunft Europas sowie der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 und der Wiederaufbaufonds.

Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

EU-Chefverhandler Michel Barnier berichtete über die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich in den letzten Wochen und erläuterte, wo Fortschritte erzielt werden konnten und in welchen Bereichen weiterhin Differenzen bestünden. Es sei weiterhin wichtig, die Verhandlungen mit Bedacht fortzusetzen. Die Mitgliedstaaten unterstützten die Linie von EU-Chefverhandler Barnier einhellig. Ich legte zudem die österreichische Position in Bezug auf einzelne noch offene Bereiche dar.

Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit

Die Kommission stellte ihren am 30. September vorgelegten ersten jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht im Rahmen des neuen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus vor. Im Anschluss fand ein allgemeiner Austausch zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in der EU auf Basis des Berichts der Kommission statt. Ich hob den Bericht als gute Basis für die Diskussion hervor, wies aber auch auf die Notwendigkeit von Verbesserungen bei der Methodologie hin. Zu den einzelnen Bereichen der Rechtsstaatlichkeit betonte ich die Wahrnehmung in der Bevölkerung als wichtiger Gradmesser für die Unabhängigkeit der Justiz, ausreichende Mittelausstattung und Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung für ein gut funktionierendes Justizsystem, die wesentliche Rolle umfassender nationaler Strategien bei der Korruptionsbekämpfung sowie die Wichtigkeit der Unabhängigkeit von Medienregulierungsbehörden für die Durchsetzung des Medienpluralismus.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 15./16. Oktober 2020

Der deutsche Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des Europäischen Rates am 15./16. Oktober.

Zum Thema COVID-19 sprach ich die Enthaltung Österreichs zur Ratsempfehlung über einen koordinierten Ansatz auf EU-Ebene sowie die dazu abgegebene österreichische Protokollerklärung an. Ich begrüßte die Einführung eines Corona-Ampel-Systems für die EU, betonte jedoch, dass die vorgeschlagenen Kriterien und Schwellenwerte zeitnah angepasst werden müssen, um die aktuelle epidemiologische Situation so realistisch wie möglich darstellen zu können.

Zum Thema Klimaschutz bekräftigte ich das Eintreten der österreichischen Bundesregierung für ein ehrgeiziges Klimaziel für 2030 im Einklang mit dem Pariser Abkommen. Gleichzeitig betonte ich, dass für die Anhebung der bisherigen Ziele ausgewogene Rahmenbedingungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie eine faire Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten wesentlich seien und es zu den grundlegenden Kriterien für ein aktualisiertes Ziel noch Diskussionen brauche. Zudem betonte ich die zentrale Bedeutung der Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems für CO₂-intensive Sektoren als zusätzliches Instrument.

Betreffend die EU-Afrika Beziehungen unterstrich ich Migration als wichtiges Thema und verwies dabei auf das EU-Afrika-Forum unter österreichischem Ratsvorsitz 2018 in Wien. Als wichtige Elemente hob ich die Bekämpfung der Ursachen für illegale Migration und den Fokus auf Rückkehr und Reintegration in den Herkunftsländern hervor.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament. Ich bedankte mich für die Informationen des Ratsvorsitzes und unterstrich die Bedeutung der Konferenz.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Aufbaupaket

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf die laufenden Gespräche mit dem Europäischen Parlament und den hohen Zeitdruck. Er bekräftigte, eine Einigung rasch erreichen zu wollen und über die einzelnen Schritte regelmäßig zu informieren.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin